

Stadt Helmbrechts
-Bürgerbüro-
Luitpoldstr. 21
95233 Helmbrechts



Widerspruch gegen die Datenübermittlung/Datenweitergabe
nach dem Bundesmeldegesetz (BMG) sowie dem Melderechtsrahmengesetz
(MRRG)

Name, Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort
Straße, Haus-Nr.	PLZ, Wohnort

Ich widerspreche der Weitergabe meine Daten und beantrage die Eintragung folgender Übermittlungssperren im Melderegister der Stadt Helmbrechts:

- Datenübermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung (§ 36 Abs. 3 BMG)
- Öffentlich- rechtliche Religionsgesellschaften (§ 42 Abs. 3 BMG)
- Parteien und Wählergruppen (§ 50 Abs. 1 in Verb. mit Abs. 5 BMG)
- Alters- und Ehejubilare (§ 50 Abs. 2 in Verb. mit Abs. 5 BMG)
- Adressbuchverlage (§ 50 Abs. 3 in Verb. mit Abs. 5 BMG)

Ort, Datum	Unterschrift der widersprechenden Person
------------	--

Merkblatt Widerspruch gegen die Datenübermittlung/Datenweitergabe

Auf Verlangen können Widersprüche gegen die Datenübermittlung/Datenweitergabe jederzeit ins Melderegister eingetragen werden:

Datenübermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung § 36 Abs. 2 BMG

Zum Zwecke der Übersendung von Informationsmaterial übermitteln die Meldebehörden dem Bundesamt für Wehrverwaltung Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden. Dieser Weitergabe kann widersprochen werden. Dieses trifft nur auf Personen unter 18 Jahren zu.

§ 36 Abs. 2 BMG

Eine Datenübermittlung nach § 58 Absatz 1 des Wehrpflichtgesetzes ist nur zulässig, soweit die betroffene Person nicht widersprochen hat. Die betroffene Person ist auf ihr Widerspruchsrecht bei der Anmeldung und jedes Jahres durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen.

Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 42 Abs. 3 BMG)

Betroffene Familienangehörige (Ehegatte, minderjährige Kinder und die Eltern minderjähriger Kinder), die nicht derselben öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft des anderen Familienmitgliedes oder keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, können verlangen, dass ihre Daten nicht der Kirche übermittelt werden, der das andere Familienmitglied angehört.

Beispiel:

Der Ehemann ist römisch-katholisch, seine Ehefrau evangelischen Glaubens. Die Ehefrau kann verlangen, dass ihre Daten grundsätzlich nicht der katholischen Kirche übermittelt werden. Der Ehemann kann seinerseits verlangen, dass seine Daten grundsätzlich nicht der katholischen Kirche übermittelt werden. Die Sperre gilt nicht, soweit Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen Kirche übermittelt werden,

§ 42 Abs. 3 BMG

Familienangehörige im Sinne des Absatzes 2 sind der Ehegatte, minderjährige Kinder und die Eltern von minderjährigen Kindern. Die betroffenen Personen haben das Recht, der Übermittlung ihrer Daten zu widersprechen; sie sind auf dieses Recht bei der Anmeldung nach § 17 Absatz 1 sowie einmal jährlich durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen. Satz 2 gilt nicht, soweit Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft übermittelt werden.

Parteien und Wählergruppen (§ 50 Abs. 1 in Verb. mit Abs. 5 BMG)

Die Betroffenen haben das Recht, ohne Angabe von Gründen der Weitergabe ihrer Daten an Parteien, andere Träger von Wahlvorschlägen, Wählergruppen, Träger für Abstimmungen, Bürger- und Volksbegehren zu widersprechen.

§ 50 Abs. 1 BMG

Die Meldebehörde darf Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über die in § 44 Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Daten von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter bestimmend ist. Die Geburtsdaten der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden. Die Person oder Stelle, der die Daten übermittelt werden, darf diese nur für die Werbung bei einer Wahl oder Abstimmung verwenden und hat sie spätestens einen Monat nach der Wahl oder Abstimmung zu löschen oder zu vernichten.

§ 50 Abs. 5 BMG

Die betroffene Person hat das Recht, der Übermittlung ihrer Daten nach den Absätzen 1 bis 3 zu

widersprechen; hierauf ist bei der Anmeldung nach § 17 Absatz 1 sowie einmal jährlich durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen.

Alters- und Ehejubiläen (§ 50 Abs. 2 in Verb. mit Abs. 5 BMG)

Die Betroffenen haben das Recht, ohne Angabe von Gründen der Weitergabe ihrer Daten aus Anlass ihres Alters- oder Ehejubiläums an Mitglieder gewählter staatlicher oder kommunaler Vertretungskörperschaften (Mandatsträger), Presse (z.B. Wetterauer Zeitung, Frankfurter Neue Presse) und Rundfunk zu widersprechen.

§ 50 Abs. 2 BMG

Verlangen Mandatsträger, Presse oder Rundfunk Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern, darf die Meldebehörde Auskunft erteilen über

1. Familienname,
2. Vornamen,
3. Doktorgrad,
4. Anschrift sowie
5. Datum und Art des Jubiläums.

Altersjubiläen im Sinne des Satzes 1 sind der 70. Geburtstag, der fünfte weitere Geburtstag und ab dem 100. Geburtstag jeder folgende Geburtstag, Ehejubiläen sind das 50. und jedes folgende Ehejubiläum.

§ 50 Abs. 5 BMG

Die betroffene Person hat das Recht, der Übermittlung ihrer Daten nach den Absätzen 1 bis 3 zu widersprechen; hierauf ist bei der Anmeldung nach § 17 Absatz 1 sowie einmal jährlich durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen.

Adressbuchverlage (§ 50 Abs. 3 in Verb. mit Abs. 5 BMG)

Adressbuchverlagen darf Auskunft über Vor- und Nachnamen, Doktorgrad und Anschriften volljähriger Einwohnerrinnen und Einwohner erteilt werden. Die Betroffenen haben jedoch das Recht, ohne Angaben von Gründen der Weitergabe ihrer Daten an Adressbuchverlage zu widersprechen.

§ 50 Abs. 3 BMG

Adressbuchverlagen darf zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, Auskunft erteilt werden über deren

1. Familienname,
2. Vornamen,
3. Doktorgrad und
4. Derzeitige Anschriften.

Die übermittelten Daten dürfen nur für die Herausgabe von Adressbüchern (Adressenverzeichnisse in Buchform) verwendet werden.

§ 50 Abs. 5 BMG

Die betroffene Person hat das Recht, der Übermittlung ihrer Daten nach den Absätzen 1 bis 3 zu widersprechen; hierauf ist bei der Anmeldung nach § 17 Absatz 1 sowie einmal jährlich durch ortsübliche Bekanntmachung hinzuweisen.